Der sozialistische CARTON DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 11/12

November/Dezember 1986

5 Schilling

Bundeshauptversammlung 1986

Unter dem Motto "60 Jahre Linzer Programm — Unser Kampf geht weiter" wurde am 15. und 16. November 1986 in der Körner-Halle in Schwechat die Bundeshauptversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus abgehalten. Eine Woche vor dem 23. November stand die Bundeshauptversammlung natürlich auch im Zeichen der Nationalratswahl. Mit großem Beifall konnten wir in unserer Mitte den Spitzenkandidaten der SPÖ, Genossen Dr. Franz Vranitzky, begrüßen. Die Vorsitzende unseres Bundes, Genossin Rosa Jochmann, sprach die Überzeugung aus, daß Genosse Vranitzky auch unser künftiger Bundeskanzler ist. Den Leitsatz des Genossen Vranitzky, niemals etwas zu versprechen, was er nicht halten kann, verglich Genossin Jochmann mit der politischen Grundhaltung von Otto Bauer: "Auch Otto Bauer hat uns diesen Leitsatz mit auf den Weg gegeben."

Trotz der letzten Phase des Nationalrats-Wahlkampfes konnten wir bei Bundeshauptversammlung zahlreiche führende Vertrauenspersonen der SPÖ willkommen heißen, unter ihnen ÖGB-Präsident Anton Benya, Innenminister Karl Blecha, den Wiener Landesparteivorsitzenden Leopold die Zentralsekretäre Fritz Marsch, Peter Schieder und Dr. Heinrich Keller, den Wiener Stadtrat Ing. Fritz Hofmann sowie die früheren Bundesminister Dr. Hertha Firnberg und Dr. Christian Broda. Mit herzlichem Beifall begrüßt wurde auch der frühere Bundesminister Dr. Kurt Steyrer.

Bei den Begrüßungsansprachen (wir berichten darüber im Inneren unserer Zeitung) konnten wir erfreulicherweise feststellen, daß unsere politische Arbeit heute ein hohes Maß an Anerkennung findet. Zentralsekretär Fritz Marsch brachte zum Ausdruck, was alle anderen Ehrengäste ebenfalls meinten: "Die Freiheitskämpfer haben recht bekommen mit ihrer Mahnung zur steten Wachsamkeit."

Für die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten in der SPD und für die Seliger-Gemeinde überbrachte uns unser Freund Genosse Hasenöhrl Grüße. "Wir haben etwas bewegt für



die Menschheit, und das gibt uns die Kraft zur Weiterarbeit", sagte er.

Grüße der Schwechater Sozialisten

Für die gastgebende Gemeinde begrüßte der Bürgermeister von Schwechat, Genosse Rudolf Tonn, die Bundeshauptversammlung. Er erinnerte daran, daß am 15. Jänner 1934 ein Schwechater Schutzbündler verhaftet wurde. Die Schwechater Waffenfunde wurden später von Otto Bauer als "der Reichstagsbrand des Herrn Fey" bezeichnet. Politisch gibt es in Schwechat, das erst 1955 von Wien abgetrennt und eine selbständige Gemeinde wurde, seit jeher Zweidrittelbis Vierfünftel-Mehrheiten für die SPÖ. (In der Körner-Halle war eine interessante Ausstellung über die Geschichte der Arbeiterbewegung in Niederösterreich zu sehen.)

Mit Verständnis nahmen die Delegierten der Bundeshauptversammlung die Entschuldigung des Bürgermeisters dafür zur Kenntnis, daß sie "mit einiger Kühle" empfangen worden wa-

Fortsetzung auf Seite 3





Aus den Begrüßungsansprachen

Den Kampf gegen den Antisemitismus fortsetzen

nomischem Gebiet, um Österreich mit einem Mondernisierungsschub noch lebenswerter zu machen, müssen auch die Bestrebungen zur Bekämpfung von Antisemitismus und Fremdenhaß sowie im Kampf gegen eine "Diktatur gegenüber Minderheiten" verstärkt werden, erklärte Bundeskanzler Dr. Vranitzky in einem Grußwort. Er war in der Schwechater Körner-Halle von den Delegierten mit stehenden Ovationen empfangen worden.

Genosse Vranitzky unterstrich die Parole des "Niemals vergessens" und wies darauf hin, daß viele Mitbürger sich angesichts dieser Forderung oft

Neben den Anstrengungen auf öko- mit Sätzen, wie "Man hat ja nichts davon gewußt", rechtfertigen. Das hat man heuer in schmerzlicher Weise wieder erleben müssen. Viele Indikatoren zeigen allerdings, daß wir doch nichts überwunden haben. Dem Ausland gegenüber werden wir kein glanzvolles Bild bieten können, solange "die Unterlage Flecken hat", meinte Genosse Vranitzky.

Der Bundeskanzler unterstrich die Gemeinsamkeit seiner Anliegen mit jenen der sozialistischen Freiheitskämpfer und betonte gegenüber den jüdischen Mitbürgern neuerlich, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, "daß unsere Heimat auch die ihre ist".



Blecha: Wir brauchen eure Hilfe

Innerminister Genosse Blecha bezeichnete sich gleich zu Beginn seiner Grußworte als ein "Ziehsohn der Freiheitskämpfer seit Jugendtagen" und wurde dafür mit besonders herzlichem Beifall bedacht. Genosse Blecha berichtete über seinen Kampf gegen neonazistische Bestrebungen. In seiner Amtszeit als Innenminister haben die einzigen Neonazi-Prozesse stattgefunden, die mit unbedingten Strafen endeten, so viele Versammlungen wurden aufgelöst als in den gesamten 36 Jahren vorher. Ebenso wurden Vereine aufgelöst. Das Verfassungsgerichtshof-Erkenntnis vom 29. November 1985 (wir berichteten darüber im "Kämpfer" Nr. 1/2/1986) sei zu früh bejubelt worden, weil es sich als eine Fessel bei der Frage der Auflösung von Parteien herausgestellt hat. Einer ganzen Reihe von Parteien, wie der NPD, der Liste gegen Ausländer oder dem Nationalen Bund Nordland, wurde wegen neonazistischem Charakter die genommen. Rechtspersönlichkeit Diese Parteien dürfen bei Nationalratswahlen nicht kandidieren und sie dürfen auch keine Versammlungen abhalten. Gegen die Sudelblätter ("braunes Gift auf weißes Papier gedruckt") sei nichts anderes möglich als Anzeigen, für eine Änderung des Strafgesetzbuches habe es keine Mehrheit im Parlament gegeben. Abschließend wandte sich Genosse Blecha mit einem Appell an die Delegierten: "Wir haben be-stimmte Möglichkeiten und wenden sie an, aber wir brauchen eure Hilfe, denn nicht jeder Österreicher ist so wachsam, wie wir es gerne haben wol-

Marsch: Die Freiheitskämpfer haben recht behalten

SPÖ-Zentralsekretär Marsch, der in Vertretung des durch eine Wahlveran-

staltung verhinderten SPÖ-Vorsitzenden Sinowatz sprach, wies darauf hin, daß die sozialistischen Freiheitskämpfer mit ihrer Mahnung zur steten Wachsamkeit recht bekommen haben. Es gab Leute, die das nicht gern gehört und geglaubt haben, daß damit Gespenster gerufen werden. Diese Leute haben sich geirrt, sagte Genosse Marsch unter starkem Beifall.

Gratz: Mehr Wachsamkeit gegenüber ÖVP-Ausfällen

Zu verstärkter Wachsamkeit gegen-über verbalen Ausfällen der ÖVP rief der Landesparteivorsitzende der SPÖ Wien, Genosse Leopold Gratz, in seiner Begrüßungsansprache auf. Es gilt, nicht nur auf kleine radikale Splittergruppen und einzelne Extremisten -"auf die man mit Recht aufpassen muß" — zu achten, sondern vor allem auch darauf, daß sich nicht wieder eine längst überwunden geglaubte Geistesströmung als völlig "honorig" in die zweitgrößte Partei des Landes einschleicht, betonte Genosse Gratz. In diesem Zusammenhang unterstrich er seine Verbundenheit mit dem von den sozialistischen Freiheitskämpfern geführten Kampf für Aufklärung, Menschenwürde und Toleranz. Diese Aufklärungsarbeit muß konsequent fortgesetzt und vor allem die Erziehung der Jugend muß diesbezüglich viel ernster genommen werden - gerade "nach dem Schock in der ersten Hälfte dieses

Eine kürzlich erfolgte Äußerung von ÖVP-Generalsekretär Graff im "Stürmer-Jargon" war offensichtlich keine einmalige Entgleisung, sagte Gratz und wies ebenso zurück, was Graff zum Thema Patriotismus im Zusammenhang mit Veranstaltungen des "Republikanischen Clubs — Neues Österreich", dessen Mitglieder allen Parteien angehören, sagte. "Ich bekenne mich zu meiner Heimat Österreich", betonte Gratz, "aber auf den "Patriotismus" des Herrn Graff, der die Würde aller Menschen, ihre Freiheit sowie Gedankenund Meinungsfreiheit nicht einschließt, kann ich verzichten.

Die Sprücheklopfer in der ÖVP sind keine innerlich überzeugten Neonazis, sondern einfach Leute, denen jedes schäbige Argument gleichgültig ist, wenn sich damit nur ein paar Stimmen gewinnen lassen. Der ÖVP wird es aber auch so nicht gelingen, ihr Ziel zu erreichen, wie die derzeitige Stimmung zeigt, schloß Genosse Gratz.



Der "Gefahr von rechts" rechtzeitig entgegentreten

Vor der "Gefahr von rechts" warnte der stellvertretende Vorsitzende des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Genosse Josef Hindels, in seinem Referat bei unserer Bundeshauptversammlung. Die bürgerlichen Gegner sind entschlossen, "die sozialen Errungenschaften, die wir in jahrzehntelangen Kämpfen durchgesetzt haben, wieder zu beseitigen oder zumindest zu verschlechtern". Sie sind nicht bereit, sich mit dem großartigen Aufstieg der Arbeiterbewegung abzufinden, betonte Hindels.

Die bürgerlichen Gegner haben sich zur Zeit der Beschlußfassung des auf Vorschlag Otto Bauers beschlossenen Linzer Programms, also im November 1926, immer weiter vom Boden der Demokratie entfernt sowie die Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus vorbereitet. In Österreich stehen wir heute nicht vor einer drohenden Machtergreifung eines neuen Faschismus. "Aber wir erleben, daß im bürgerlichen Lager die reaktionären Kräfte wachsen, die Angriffe auf uns immer gehässiger werden und bürgerliche Politiker schamlos an die niedrigsten Instinkte, wie Antisemitismus und Fremdenhaß, appellieren."

"Die Sprache eines Haider ist unmißverständlich"

Genosse Hindels erinnerte in diesem Zusammenhang an die antisemitischen Äußerungen prominenter ÖVP-Politiker sowie an die Ereignisse auf dem FPÖ-Parteitag in Innsbruck. "Die Sprache eines Jörg Haider ist unmißverständlich. So haben auch in den zwanziger und dreißiger Jahren jene gesprochen, die entschlossen waren, die Demokratie zu zerstören." Hindels verwies auf das Linzer Programm der SPÖ, das "uns mahnt, rechtzeitig der Gefahr von rechts entgegenzutreten".

Für eine grundsatztreue Politik der SPÖ

Die sozialistischen Freiheitskämpfer werden daher ihre ganze Kraft für

einen Sieg der SPÖ einsetzen. Sie werden aber auch nicht müde werden, für eine grundsatztreue Politik der SPÖ einzutreten, und wollen auch in Zukunft das "mahnende Gewissen" der Partei sein, betonte Hindels. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, Vorkämpferin des gesamten arbeitenden Volkes zu werden. Wenn Österreichs Sozialisten heute um eine klare Mehrheit ringen, die es ihnen ermöglicht, den Inhalt der kommenden Regierungspolitik zu bestimmen, ist dies nur möglich, wenn sie breite Schichten, die nicht allein zur Ingehören. dustriearbeiterschaft Wähler gewinnen. Aber dabei darf die Sozialistische Partei ihre Grundsätze nicht preisgeben. Sie muß im geistigen und geschichtlichen Sinn eine Arbeiterpartei bleiben, betonte Hindels.

Genosse Hindels unterstrich, daß auch nach 60 Jahren die Beschäftigung mit dem Linzer Programm von Bedeutung ist. Es gibt keine Gegenwart und keine Zukunft ohne Vergangenheit, die im Heute und Morgen ihre Spuren hinterläßt. Die Tradition der sozialistischen Bewegung gibt uns die Kraft, die heutigen und künftigen Probleme zu bewältigen. Hindels verwies auch auf die im Linzer Programm enthaltene Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems von Otto Bauer, die auch heute noch zutrifft: Es gibt keinen krisenfreien Kapitalismus. Auf jeden wirtschaftlichen Aufschwung, auf jede Konjunktur, folgt eine Krise, verbunden mit Arbeitslosigkeit und sozialen Spannungen. Diesbezügliche aktuelle politische Schwierigkeiten sind nicht zuletzt



darauf zurückzuführen, daß in den Jahren des Wirtschaftswachstums, die vielen von uns ein bescheidenes Maß an Wohlstand gebracht haben, diese Erkenntnis in Vergessenheit geraten ist, schloß Genosse Hindels.

Fortsetzung von Seite 1

ren: Ein in der Nacht vor Tagungsbeginn aufgetretener Defekt in der Heizungsanlage der Körner-Halle war daran schuld. Dank der Bemühungen des Bürgermeisters herrschten in der Halle jedoch bald wieder angenehm warme Temperaturen.

Eine Begrüßungsansprache hielt auch der Vorsitzende der Bezirksorganisation Schwechat der SPÖ, Landtagsabgeordneter Genosse Dr. Franz Slawik.

Am Mahnmal für die Opfer des Faschismus im Schwechater Friedhof legte eine Delegation unseres Bundes einen Kranz nieder.



Die feierliche Einleitung unserer Bundeshauptversammlung, an der 151 Delegierte, 78 Gäste und 23 Ehrengäste teilnahmen, wurde in bewährter Form vom Chor des ÖGB unter der Leitung von Prof. Erwin Weiss und von unserem Genossen Kurt Schmidt gestaltet. Der zweite Tag unserer Konferenz wurde von jungen Genossinnen und Genossen eröffnet, die in origineller Art mit Texttafeln, Sprechchören und Fahnen eine Kurzgeschichte der SPÖ seit dem Hainfelder Einigungsparteitag darboten. Reichlicher Applaus der Delegierten belohnte die Gestalter dieser Darbietung für ihre Bemühungen.



Beachtliche Weiterentwicklung der Opferfürsorge

Die Grüße von Sozialminister Alfred Dallinger überbrachte Sektionschef Dr. Karl Ernst, der in seinen Begrüßungsworten auch allen in den Gremien der Opferfürsorge tätigen Funktionären unseres Verbandes für ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit dankte. Besonderen Dank sprach Genosse Ernst unserer Vorsitzenden Genossin Rosa Jochmann aus, deren Augenmaß für soziale Gerechtigkeit er besonders würdigte. Im folgenden ein Auszug aus der Rede des Genossen Sektionschef Ernst:

Die Regierungsjahre haben seit 1970 auch auf dem Gebiet der Opferfürsorge eine beachtliche Weiterentwicklung gebracht: 1970 wurden für Rentenleistungen nach dem Opferfürsorgegesetz 106 Millionen Schilling ausbezahlt, 1985 waren es bereits 232 Millionen Schilling. Um welchen Realzuwachs es sich im Einzelfall dabei handelt, wird dann klar, wenn man sich vor Augen führt, daß dieser Anstieg der Ausgaben der traurigen Tatsache ge-

und Sozialversicherungspensionen außertourliche Erhöhungen erfahren haben.

Auch im Jahr 1987 gibt es eine solche besondere Erhöhung. Während die Renten und Pensionen um 3,8 v. H. erhöht werden, erfolgt die Erhöhung der Unterhaltsrenten usw. um 4,2 v. H. Die Unterhaltsrente beträgt im nächsten Jahr für das Opfer 7329 Schilling und für ein Ehepaar beziehungsweise für Lebensgefährten 9227 Schilling mo-

OHERIS DERIECT

genübersteht, daß die Zahl der Rentenbezieher von 7463 im Jahr 1970 auf 4139 im Jahr 1985 zurückgegangen ist.

Daß trotz der im gleichen Zeitraum auch eingetretenen Inflation doch eine echte Steigerung des Realeinkommens erfolgt ist, beweist am besten die Tatsache, daß im Jahr 1970 monatlich 1015 Schilling, im Jahr 1985 monatlich 4003 Schilling im Durchschnitt pro Opfer ausgegeben wurden. Das entspricht einer Erhöhung auf das 3,9fache.

Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß jene Rentenleistungen, die für die bedürftigen Opfer gezahlt werden, wie zum Beispiel die Unterhaltsrenten, Witwenbeihilfen, jeweils mit dem Anpassungsfaktor für die Ausgleichszulage vervielfacht wurden und somit gegenüber den übrigen Renten

natlich. Für Witwen beträgt sie 644/1 Schilling.

Alterserschwerniszulage

In diesem Zusammenhang möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß der Nationalrat zum Opferfürsorgegesetz aus dem Jahr 1947 28 Novellen beschlossen hat. Hinzu kommen noch zehn Novellen in anderen Bundesgesetzen, die Verbesserungen für Opfer auf verschiedenen Gebieten gebracht haben. So wurden zum Beispiel die Unterhaltsrenten seit dem Jahr 1970 mehrmals über die jährliche Rentenanpassung hinaus erhöht, ferner wurden die Haftentschädigungen verbessert und eine eigene Haftzulage eingeführt. Im Sinne der Gleichbehandlung der Ehepartner wurde ein Anspruch

auf Witwerrente geschaffen, und der Personenkreis der anspruchsberechtigten Witwen nach Beziehern einer Opferrente wurde wesentlich erweitert. Selbstverständlich kommen die beachtlichen Leistungsverbesserungen in der Kriegsopferversorgung auch den Opfern im Sinne des Opferfürsorgegesetzes zugute. Ich möchte hier nur beispielsweise die etappenweise Erhöhung der Opferrenten, der Schwerstbeschädigtenzulagen und der Pflegezulagen anführen. Auch die Alterserschwerniszulage, die Schwerbeschädigten ab dem 65. Lebensjahr zur Opferrente gebührt, bildet eine fühlbare finanzielle Erleichterung. Sie wird abgestuft nach dem Grad der Minderung der Erwerbstätigkeit (MdE) und dem Alter gewährt. So erhöht sich zum Beispiel die Opferrente entsprechend einer MdE von 70 v. H., welche monatlich 2458 Schilling beträgt, ab Vollendung des 65. Lebensjahres um 370 Schilling monatlich, ab Vollendung des 70. Lebensjahres um 695 Schilling monatlich, ab Vollendung des 75. Lebensjahres um 1025 Schilling monatlich und ab Vollendung des 80. Lebensjahres um 1353 Schilling monatlich.

Diese Alterserschwerniszulage wurde im Jahr 1975 eingeführt und stellt eine Entschädigung für die durch das Alter der Opfer auftretenden Beschwerden in Zusammenwirkung mit der anerkannten Opferschädigung dar.

Der Gesetzgeber hat die Alterserschwerniszulage in der Erkenntnis geschaffen, daß es nach so vielen Jahren, ja Jahrzehnten, nur noch sehr schwer möglich ist, zu beurteilen, ob und gegebenenfalls in welchem Ausmaß ein Zusammenhang mit der seinerzeitigen Opferschädigung besteht. Die automatische Gewährung dieser Alterserschwerniszulage ist eine pauschalierte Entschädigung, die die Behörde davon enthebt, im Einzelfall zu prüfen, inwieweit sich die Altersbeschwerden auf die anerkannte Opferschädigung nachteilig auswirken.

Daneben hat das Opfer selbstverständlich auch noch die Möglichkeit, die Neubemessung seiner Rente zu beantragen, wenn eine Verschlimmerung im Leidenszustand eingetreten ist.

Generationswechsel in den Ämtern

Nicht nur im Bundesministerium, sondern auch bei den Ämtern der Landesregierungen gibt es derzeit einen starken Generationswechsel, und wir müssen alles unternehmen, bei der Tä-



tigkeit dieser Ämter einen Qualitätsverlust zu vermeiden. Mit Rücksicht darauf, daß die Verwaltungsverfahren beträchtlich abnehmen und daher die Bediensteten vorwiegend mit anderen Verwaltungsaufgaben betraut sind, besteht die permanente Gefahr, daß die Opferfürsorgeangelegenheiten "nebenbei" behandelt werden. Wir werden uns bemühen, diese jungen Bediensteten zu schulen und mit den Problemstellungen vertraut zu machen, ihnen aber, und das scheint mir sehr wichtig, auch das nötige soziale Verständnis für die Anliegen der Opfer zu vermitteln.

Als einen wichtigen Bestandteil der Ausbildung sehe ich an, die jungen Mitarbeiter — so wie wir es schon einmal gemacht haben — in das KZ Mauthausen zu führen, um mit ihnen an Ort und Stelle eine Diskussion über die historischen Vorgänge abzuhalten.

Gestatten Sie, daß ich noch einmal auf das Opferfürsorgegesetz zu sprechen komme. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß dieses Gesetz noch andere Hilfsmöglichkeiten bietet. So kann der Sozialminister nach Anhörung Opferfürsorgekommission Nachsicht vom Vorliegen gesetzlicher Anspruchsvoraussetzungen oder, wenn sich im Einzelfall aus dem Gesetz eine Härte ergibt, einen finanziellen Ausgleich gewähren. Von diesen gesetzlichen Möglichkeiten wird noch immer sehr starker Gebrauch gemacht, zum Beispiel wenn die gesetzlichen Voraussetzungen der Staatsbürgerschaft, der Entschädigung wegen eines Berufsschadens oder wegen einer erlittenen Haft (Haftdauer) nicht beziehungsweise nicht im gesetzlich vorgeschriebenen Ausmaß vorliegen.

Trotz des Rückganges der Zahl der Anspruchsberechtigten stiegen auch die Ausgaben für die Heilfürsorge. Sie betrugen 1970 7,6 Millionen Schilling, 1979 waren es bereits 17,7 Millionen Schilling und 1985 noch immer 12 Millionen Schilling.

Ausgleichstaxfonds

Neben der Expansion dieser budgetären Ausgaben verzeichnen auch die Ausgaben aus dem Ausgleichstaxfonds eine beachtliche Steigerung:

Während 1970 6,3 Millionen Schilling an Darlehen aus dem Ausgleichstaxfonds vergeben wurden, waren es 1985 8,9 Millionen Schilling. Die Summe der gewährten einmaligen Aushilfen stieg im gleichen Zeitraum von 3,5 Millionen auf 6,5 Millionen Schilling. Im heurigen Jahr wurden sogar allein bis jetzt einmalige Aushilfen in der Höhe von 10 Millionen Schilling und Darlehen in der Höhe von 10,4 Millionen Schilling ausbezahlt.

Man sieht an diesen Zahlen ganz

Zum Ergebnis der Nationalratswahl vom 23. November 1986

Der Bundesvorstand der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat am 28. November 1986 in Wien gemeinsam mit den Vertretern aller Landesverbände und den Wiener Bezirksobmännern unter dem Vorsitz von Rosa Jochmann zum Ergebnis der Nationalratswahl Stellung genommen:

• Es wurde begrüßt, daß es unserer Partei gelungen ist, die relative Mehrheit zu behaupten und den Angriff der ÖVP abzuwehren. Über die Ursachen der schmerzlichen Stimmenverluste, die uns zehn Mandate gekostet haben, ist eine gründliche innerparteiliche Diskussion notwendig.

Der Wahlsieg der FPÖ unter Jörg Haider ist zutiefst beunruhigend. Er unterstreicht die Größe der Gefahr von rechts, auf die vor den Wahlen die Bundeshauptversammlung der sozialistischen Freiheitskämpfer aufmerksam gemacht hat. Zur Charakterisierung der FPÖ genügt der Hinweis, daß die berüchtigte NDP des Norbert Burger ihre Anhänger aufgefordert hat, Jörg Haider zu unterstützen. Die sozialistischen Freiheitskämpfer begrüßen daher die neuerliche Erklärung von Bundeskanzler Vranitzky, daß von der SPÖ eine Koalition mit der FPÖ grundsätzlich abgelehnt wird.

• In Wähleranalysen wird festgestellt, daß es der FPÖ durch grenzenlose Demagogie gelungen ist, Unzufriedene und Enttäuschte aus allen
Lagern zu gewinnen. Das ist richtig, bedarf aber einer wesentlichen Ergänzung: Dieser Wahlerfolg einer deutsch-nationalen und pronazistischen Partei war nur in einem Klima möglich, das durch die jahrelange
Vernachlässigung der antifaschistischen Aufklärungsarbeit entstanden ist.

• Die sozialistischen Freiheitskämpfer sehen ihre wichtigste Aufgabe darin, gemeinsam mit anderen Antifaschisten in Österreich eine Änderung des Klimas im Geiste des Antifaschismus herbeizuführen. Auch in unserer Partei gilt es, mehr als bisher die Wahrheit über die Geschichte und die Verbrechen des Faschismus zu verbreiten. Die neuen Formen, in denen der Faschismus heute in Erscheinung tritt, sind aufmerksam zu studieren, um sie wirksam bekämpfen zu können.

• Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit haben uns gelehrt, daß Wirtschaftskrisen verbunden mit Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit, den günstigsten Nährboden für den Faschismus bilden. Die sozialistischen Freiheitskämpfer treten daher dafür ein, daß die SPÖ, in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, und für den sozialen Fortschritt mit aller Entschiedenheit führt. Von diesen Grundsätzen darf auch bei Koalitionsverhandlungen nicht abgegangen werden.

deutlich, wie auch für die Opfer der politischen und rassischen Verfolgung ein immer besserer Lebensstandard gesichert werden konnte.

Allerdings muß berücksichtigt werden, daß Opfer der politischen und rassischen Verfolgung im fortgeschrittenen Alter häufig wieder zu Opfern werden, nämlich Opfer der psychischen Armut (Vereinsamung), aber auch der materiellen Armut. Daraus ist es auch zu erklären, daß die Zahl der Hilfeleistungen aus dem Ausgleichstaxfonds eher eine steigende Tendenz aufweist und hiefür von Jahr zu Jahr mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Der Ausgleichstaxfonds ist auch in den kommenden Jahren ein wichtiges Instrument für die Sozialpolitik in der Opferfürsorge, aber auch in anderen Bereichen der Behindertenbetreuung und Versorgung.

Obwohl es im vergangenen Jahr durch eine Novelle zum Invalideneinstellungsgesetz gelungen ist, die Existenz des Ausgleichstaxfonds finanziell abzusichern, sind wir für die Zukunft von großer Sorge erfüllt. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, ist das Invalideneinstellungsgesetz mit 31. Dezember 1989 befristet. Da es sich bei dieser Bestimmung um eine Verfassungsnorm handelt, braucht man im Parlament eine Zweidrittelmehrheit, also die Zustimmung der Opposition. Trotz zäher Verhandlungen im parlamentarischen Unterausschuß ist es nicht gelungen, hier die Zustimmung der ÖVP zu erreichen. Es wurden immer wieder neue Berechnungen, Statistiken verlangt, um die Sache hinauszuzögern. Durch die vorzeitige Beendigung der Legislaturperiode haben die Arbeiten hoffentlich nur vorübergehend Fortsetzung auf Seite 6



Aus der Organisation

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hatte Ende 1985 einen Mitgliederstand von 4450 Mitgliedern, das waren gegenüber dem 1. Jänner 1984 um 271 Mitglieder mehr. Das geht aus dem Or-

Benya: SPÖ soll stärkste Partei bleiben

Die SPÖ soll bei der Nationalratswahl stärkste Partei bleiben, damit die Kontinuität der letzten 16 Jahre gewahrt bleibt, erklärte der Vorsitzende der sozialistischen Fraktion im ÖGB, ÖGB- und Nationalratspräsident Genosse Anton Benya. Wir werden immer danach trachten, daß sich in dunklen Zeiten der Geschichte Erlebtes niemals wiederholt, betonte Benya und unterstrich die Parolen "Niemals wieder" und "Niemals vergessen". Weiters unterstrich Benya den Willen seiner Generation zum seinerzeitigen Wiederaufbau. Wir wollten eine neue, schönere und bessere Welt bauen und hatten auch den Mut dazu, betonte Genosse Benya.

Lanc: Österreichs Weltgeltung wiederherstellen

Bei der Nationalratswahl am 23. November müssen jene gestärkt werden, die Österreichs Ansehen in den letzten eineinhalb Jahrzehnten aufgebaut haben und auch weiterhin mehren können. Österreich hat unter SPÖ-geführten Regierungen eine Weltgeltung erlangt, wie nie zuvor seit 1918, erklärte der Nationalratskandidat der SPÖ und frühere Außenminister Genosse Erwin Lanc.

Österreichs Weltgeltung droht die galoppierende Schwindsucht, sagte Lanc. In den kommenden Wahlen müssen darum jene gestärkt werden, die Österreichs Ansehen aufgebaut haben und mehren können. Gerade in neuen, alternativen Kategorien denkende Basisdemokraten müssen sich daher die Frage vorlegen, ob ihre Vorstellung von ungeschönter Vergangenheitsbewältigung und Faschismusprävention im Wege einer Zersplitterung der Stimmen derer, die diese Anliegen gemeinsam vertreten, erreicht werden kann. Eine Schwächung der Sozialdemokratie am 23. November bedeutet einen weiteren Abbau des Österreich-Images in der Welt und eine falsche Weichenstellung für die zweite Epoche der Zweiten Republik, sagte Genosse Lanc.

ganisationsbericht hervor, den Genosse Robert Blau der Bundeshauptversammlung vortrug. Dieser Mitgliederzuwachs ist den Landesverbänden Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark-Graz, Tirol und Wien zu danken. Vor allem jüngere Sozialisten sind neu zu uns gekommen, stellte Genosse Blau fest.

Mit Stand vom 1. Jänner 1986 haben insgesamt 2272 Opfer, 1791 Witwen, 16 Eltern und 57 Waisen Opferfürsorgerenten bezogen. Allein in Wien leben 2190 Personen, die eine Opferfürsorgerente beziehen, berichtete Genosse Blau weiter. "Wenn man bedenkt, daß insgesamt 4136 Opfer und Hinterbliebene in Österreich und aller Welt Opferfürsorgerenten beziehen, dann ist es klar, daß die von uns geforderten Verbesserungen und die ebenfalls geforderte Beseitigung von Härten des Opferfürsorgegesetzes nur einen relativ bescheidenen Mehraufwand erfordern", sagte Genosse Blau. "Wenn sich aber durch die Erfüllung eines Wunsches Beispielfolgen für dieselbe Forderung der Kriegsopfer ergeben, dann bedeutet dies mit Rücksicht auf die viel größere Zahl der Kriegsopfer und ihrer Hinterbliebenen natürlich einen vielfachen Betrag im Jahr. Der Sozialminister Genosse Dallinger und auch Genosse Vranitzky als seinerzeitiger Finanzminsiter zeigten für unsere Wünsche viel Verständnis, aber die vorgezogene Nationalratswahl verhinderte die diesbezügliche Novelle des Opferfürsorgegesetzes.

Als weitere Erfolge bezeichnete Genosse Blau die Anhebung der Einkommensgrenzen, die Einführung des Ansuchenformulars, die Anhebung der Aushilfebeträge und die Verlängerung des Invalideneinstellungsgesetzes.

Der Kassabericht wurde von Genossen Alfred Billmeier vorgelegt, den Bericht der Kontrolle brachte Genosse Friedrich Eibicht.

Fortsetzung von Seite 5
— ihr Ende gefunden.

Nun kann man behaupten, das Gesetz ist ja mit Ende 1989 befristet, da ist ja noch einige Zeit zum Verhandeln. Meine lieben Genossinnen und Genossen, bedenken Sie jedoch, daß wir laufend Darlehen gewähren, die über diesen Zeitpunkt schon weit hinausgehen. Eine, das muß ich eingestehen, an sich ungesetzliche Vorgangsweise. Aber ich glaube, daß wir es nicht zulassen können, daß diese politische Auseinandersetzung auf den Rücken der Opfer ausgetragen wird. Ich rufe Sie daher auf, daß wir gemeinsam nach Konstituierung des neuen Nationalrates sofort die Beseitigung dieser Befristung wieder vehement verlangen. Ich bitte in diesem Punkt um Ihre besondere Unterstützung. Auch die Kriegsopferverbände und Behindertenorganisationen verlangen mit Nachdruck den Weiterbestand dieses Gesetzes auf Bundesebene. Ich bin der Meinung, daß es nicht gut wäre, wenn die Verwaltung des Ausgleichstaxfonds vom Sozialminister in die Zuständigkeit der Länder überginge. Es müßte dann zu einer völligen Umstrukturierung kommen, die der auf Bundesebene errichteten Opferfürsorgekommission die Mitwirkungsbasis entziehen würde.

Novelle zum Opferfürsorgegesetz

Selbstverständlich gibt es noch immer berechtigte Forderungen der Opferverbände. Und der Sozialminister hat sich eingesetzt, noch vor Ablauf dieser Legislaturperiode im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten eine Novelle zum Opferfürsorgegesetz dem Nationalrat zur Beschlußfassung vorzulegen. Leider konnte die Einwilligung des Finanzministeriums nicht mehr erreicht werden. Es wäre jetzt allerdings noch zu früh, über den Inhalt dieser Novelle mehr zu sagen, da dieser von verschiedenen Faktoren abhängen wird. Von besonderem Einfluß wird dabei auch der Ausgang der Wahlen in einer Woche sein.

Gegen Wettrüsten für internationale Solidarität

Auf Antrag des Bundesvorstandes wurden die folgenden Resolutionen von der Bundesversammlung einstimmig beschlossen:

- Für die Beendigung des Wettrüstens
- Gegen Subventionen aus öffentlichen Mitteln für den Österreichischen Turnerbund
- Verstärkter Kampf gegen die Gefahr von rechts
- Solidarität mit Nicaragua
- Freiheit für Chile
- Schluß mit der rassistischen Gewaltherrschaft in Südafrika

Erfreuliches Zeichen aktiver Solidarität: Die Delegierten unserer Bundeshauptversammlung spendeten 5095 Schilling für Nicaragua. Allen Spendern ein herzliches Dankeschön!



Wiener **Landeshauptversammlung**

Im überfüllten Großen Saal des Hauses der Begegnung am Praterstern fand am 12. November 1986 die Wiener Landeshauptversammlung Bundes statt. Es spielte und tanzte das Tamburizzaorchester aus Oslip im Burgenland, bedankt mit reichem Beifall.

Der Landesvorsitzende, Genosse Robert Blau, konnte außer den 131 Delegierten besondere Ehrengäste begrüßen. So wünschte der Vorsitzende der Landesorganisation Wien der SPÖ, Genosse Leopold Gratz, erfolgreiche Beratungen, als Vertreter der Bezirksorganisation Leopoldstadt dankte der Abgeordnete zum Nationalrat Genosse Dr. Edgar Schranz dafür, daß auch diese Landeshauptversammlung in diesem Saal abgehalten wird. Auch Bundesminister a. D. Genosse Erwin Lanc grüßte die Delegierten.

Im Organisationsbericht des Vorsitzenden Genossen Robert Blau wies dieser auf den umfangreichen schriftlichen Bericht zur Bundeshauptversammlung am 15. und 16. November

Der Bericht wurde, ebenso wie die Berichte des Landeskassiers, Genossen Alois Ballek, und der Kontrolle, Genossin Erna Musik, einstimmig zur Kenntnis genommen und dem scheidenden Vorstand die Entlastung erteilt.

Dann hielt Genosse Professor Josef Hindels ein brillantes Referat zum Thema "Der 12. November -Staatsfeiertag der Ersten Republik".

Großer und langer Beifall dankte Genossen Hindels.

Dann berichtete der Vertreter des Wahlkomitees, daß er diesmal eine leichte Arbeit hatte, weil alle Mitglieder des bisherigen Vorstandes weiter zur Verfügung stehen.

Es wurden einstimmig gewählt:

Landesvorsitzender: Robert Blau, Stellvertreter: Otto Skritek, Karl Milota; Landeskassier: Alois Ballek, Stellvertreter: Kurt Schmidt; Landesschriftführer: Eduard Schlesinger, Stellvertreterin: Steffi Fahn; Beisitzer: Paul Bernstein, Alfred Billmaier, Herbert Exenberger, Maria Hirschler, Rudolf Kromer, Franz Mödlagl, Gilbert Wasserberger; Landeskontrolle: Friedrich Eibicht, Erna Musik, Otto Wolf.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Robert Blau, Herbert Exenberger, Josef Hindels, Hans Waschek. Fotos: Foto-Studio-Labor Schebelik (Schwechat).

Neuwahl des Bundesvorstandes

Ehrenvorsitzender Vorsitzende Vorsitzender-Stellvertreter Vorsitzender-Stellvertreter Vorsitzender-Stellvertreter Vorsitzender-Stellvertreter

Kassier Kassier-Stellvertreter

Schriftführer

Schriftführer-Stellvertreter

Kontrolle Kontrolle Kontrolle Beisitzer

Beisitzer

Beisitzer Beisitzer

Beisitzer Beisitzer Beisitzer

Beisitzer

Beisitzer Beisitzer

Beisitzer Beisitzer

Beisitzer Reisitzer Beisitzer

Beisitzer

Kooptiert:

Benczak Sybille Wasserberger Gilbert Faderny Walter Gutlederer Anton Rohata Josef Winter Rudolf Zechner Franz Weissmann Alfred

Waschek Hans

Ackermann, Prof. Manfred Jochmann Rosa Skritek Otto Hindels, Prof. Josef Kittl Eduard Franzmayr Alfred

Billmaier Alfred Ballek Alois Schlesinger Eduard Schmidt Kurt

Blau Robert, LO Wien Eibicht Friedrich Milota Karl

Bernstein, Hofrat Paul Billes Stefan, LO Burgenland Blum Alexander

Exenberger Herbert Fahn Stefanie

Kaiser Ferdinand, LO Tirol Lesjak Leo, LO Niederösterreich

Lhotzky Peter Musik Erna

Pawlik Hans, LO Kärnten Reinthaler Karl, LO Salzburg

Schiller Hans Schramm Erwin Stern Franz, LO Graz Zechner Franz Mistinger Leo

Antifaschistisches Kontaktkomitee Antifaschistisches Kontaktkomitee Landesverband Niederösterreich Landesverband Niederösterreich Landesverband Niederösterreich Landesverband Niederösterreich Landesverband Obersteier Alt-S.A.J.

Redaktion "Der Kämpfer"





NACHRICHTEN VON RECHTS

Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden an den Absender

KHD und die zweisprachige Schule in Kärnten

Im Sommer 1937 stellten die Nazis "Richtlinien für die Schulerziehung jüdischer Kinder" auf. Darin können wir unter anderem folgendes lesen: "Soweit nach den örtlichen Verhältnissen eine abgesonderte Beschulung der jüdischen Schüler ... ohne besondere Mehrbelastung der Unterrichtsträger möglich ist und private jüdische Schulen nicht vorhanden sind, wird den Unterhaltsträgern der öffentlichen Pflichtschulen nahegelegt, besondere Schulen oder Sammelklassen für jüdische Schüler einzurichten... Als Lehrer sind Juden, allenfalls jüdische Mischlinge, zu verwenden . . . Juden können nicht Lehrer oder Erzieher deutscher Jugend sein." Jahrzehnte später meinte der sattsam bekannte "Kärntner Heimatdienst" in seinem Sprach-

mindestens 12 Personen

Wien Südbahn (22.20) -

Breclav-Warszawa-Brest

Brest- Minsk-Smolensk-

Moskau-Kiew (Bahn-Schlaf-

Kiew (6.19) - Kosice Bahn

Kosice (0.45) — Wien-Südbahn

Breclav (0.12)

Moskau (10.22)

(21.02)

Moskau

Moskau

Moskau

wagen)

Kiew

Kiew

Kiew

(0.14)

(12.10)

Bahn, Variante II (11 Tage)

Reiseausschreibung für 1987

Flug-Bahn, Variante I (12 Tage) 30-50 Pers.

Di., 26. 5.

Mi., 27.5.

Wien-Moskau (Flug) Do., 28. 5.

Moskau Fr., 29.5.

Sa., 30. 5. Moskau Moskau So., 31.5.

31. 5.-1. 6. Moskau-Kiew (Bahn-Schlafwagen)

Kiew Mo., 1.6. Di., 2. 6. Kiew

Mi., 3. 6. Kiew

Kiew-Jalta (Flug) Do., 4.6.

Fr., 5. 6. Jalta

Jalta-Sotschi (Flug) Sa., 6. 6. So., 7.6. Sotschi

Sotschi-Kiew-Wien Mo., 8.6.

(Rückflug) Bahnfahrt mit Schlafwagen 2.Klasse, Vierbettenabteil. Unterbringung in Hotels 1. Klasse in Doppelzimmern, Vollpension einschließlich Getränke, gemeinsames Besichtigungsprogramm der Flug-Bahn- und Bahnfahrtgruppe, örtliche Reiseleitung, Transfer in der UdSSR.

Preis S 7800. - pro Person Preis S 12.260. - pro Person plus 210 Schilling für Visum

Details werden den Interessenten mitgeteilt.

rohr "Ruf der Heimat": "Für Deutschkärntner Kinder deutsche Lehrer" oder "Wir fordern daher: Unterricht der Deutschkärntner Pflichtschüler Südkärntens in eigenen Klassen mit ausschließlich deutscher Unterrichtssprache!" Augenscheinliche Gleichklänge in der "Argumentation" kennzeichnen diese beiden Zitate. Am 8. November 1986, knapp vor den Nationalratswahlen, mobilisierte der "Kärntner Heimatdienst" zu einer Kundgebung in Klagenfurt, um seinen Forderungen nach "Ghettoschulen", die jenseits jeder modernen und aufgeschlossenen Pädagogik liegen und ein Umdenken in ein geistiges, dunkles Mittelalter anzeigen, Nachdruck zu verleihen. Diese KHD-Versammlung wurde auch durch Delegationen anderer rechtsextremer Vereine, etwa dem Österreichischen Kameradschaftsbund, "aufgeputzt". Begeistert wurde Jörg Haider begrüßt. Kein Wunder, denn er war es ja, der 1983 im Kärntner Landtag einen Antrag auf Trennung der Schüler nach "sprachlichen Kriterien" stellte und dessen FPÖ-Landespartei tatkräftig das Volksbegehren gegen das zweisprachige Pflichtschulwesen in Kärnten unterstützte. Unverständlich ist es jedoch, daß sich auch der sozialistische Nationalratsabgeordnete Posch für dieses rechtsextreme Spektakel hergegeben hat. Gegen diese neuerliche Provokation des "Kärntner Heimatdienstes" bildeten am gleichen Tag Antifaschisten eine Friedenskette für die Beibehaltung des gemeinsamen Unterrichts in den zweisprachigen Schulen Kärntens.

Verteilung neonazistischer Schriften: Neuer Erlaß

Die rechtsextremen Provokationen bei der in Wien gezeigten Anne-Frank-Ausstellung (wir berichteten darüber in der Nummer 9/10 1986 unserer Zeitung) veranlaßten Genossen Karl Blecha in seiner Funktion als Innenminister, neuerlich einen Erlaß an die Exekutivbeamten herauszugeben. In diesem Erlaß wird, wie die amtliche "Wiener Zeitung" am 23. Oktober 1986 meldete, "nachdrücklich darauf verwiesen, daß Exekutivbeamte die rechtliche Möglichkeit haben, bei einer Verteilung neonazistischer Schriften, diese sofort zu beschlagnahmen . . ., obwohl sie nachher noch richterlich auf ihren tatsächlichen neonazistischen Inhalt geprüft werden müssen".

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialisti-scher Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 63 27 31. Hersteller: Vorwärts AG, 1030 Wien, Viehmarktgasse 4.